

Kleine Anfrage

CHF 700'000 für Syrien

Frage von Landtagsabgeordneter Günter Vogt

Antwort von Regierungsrätin Aurelia Frick

Frage vom 02. Mai 2018

Gemäss einem Pressebericht haben sich am 29. März dieses Jahres 85 Staaten und internationale Organisationen in Brüssel zu einer Konferenz über die Zukunft Syriens und der umliegenden Region zusammengetroffen. Dabei wurden anscheinend Milliardenbeträge zugesagt. Die Aussenministerin Aurelia Frick kündigte in Brüssel an, dass sich Liechtenstein mit CHF 500'000 engagiert, damit die Menschen nach ihrer Heimat vor Ort mit dem Nötigsten versorgt werden können. Dazu werden nochmals CHF 200'000 für den Syrien-Mechanismus gesprochen, der im Auftrag der UNO-Generalversammlung Beweise zu Verbrechen im syrischen Bürgerkrieg sammelt. 2017 beliefen sich die ODA-Ausgaben Liechtensteins auf CHF 24,5 Mio. Wenn in Liechtenstein Lösungen für brennende soziale und gesellschaftspolitische Fragen gestellt werden, welche allenfalls finanzrelevante Auswirkungen haben könnten, startet der Finanzminister einen Sturm der Entrüstung. Dazu meine Fragen:

- * Auf welcher Basis wurde der Entscheid, im Nahen Osten und in Syrien einen Betrag in der Höhe von CHF 700'000 sowie insgesamt 5% der IHZE-Gelder zu unterstützen, getroffen?
- * Sofern diese Mittel aus dem ordentlichen Budget erfolgen, welche Konten sind davon betroffen?
- * Kann ein Regierungsmitglied über Beträge dieser Grössenordnung und deren Zuwendung alleine entscheiden und wurde die Höhe dieser Ausgaben und insbesondere im Zusammenhang mit diesem Projekt in der Regierung kommuniziert?
- * Entstehen mit diesem Projekt Folgekosten in den kommenden Jahren?
- * In einem persönlichen Austausch mit dem libanesischen Premierminister, Saad Al-Hariri, wurde das liechtensteinische Engagement vor Ort unterstrichen. Was für Zusagen wurden hier getätigt?

Antwort vom 03. Mai 2018

Zu Frage 1:

Bei grösseren humanitären Krisen finden regelmässige internationale Geberkonferenzen statt. Die Syrien-Konferenz in Brüssel vom 25. April diente diesem Zweck.

Liechtenstein hat für das Jahr 2018 einen Gesamtbeitrag zur Bewältigung der Syrienkrise in Höhe von CHF 700'000 (oder etwa 3.1 % des IHZE-Budgets) angekündigt. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

- * CHF 200'000 sind für den Syrien-Mechanismus (IIM) vorgesehen. Dieser Beitrag wurde von der Regierung bereits im Jahr 2017 genehmigt;
- * Bei den übrigen CHF 500'000 handelt es sich um geplante, aber noch nicht beschlossene Beiträge für Hilfsprojekte. Es sollen Hilfsprojekte in Syrien und dessen Nachbarstaaten unterstützt werden, um die Situation von geflüchteten Personen zu verbessern.

Zu Frage 2:

Die Mittel stammen aus dem ordentlichen Budget und werden über die Konten der Not- und Wiederaufbauhilfe (591.367.01), der Internationalen Flüchtlings- und Migrationshilfe (591.367.09) sowie der Multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (591.367.05) abgewickelt.

Zu Frage 3:

Beiträge über CHF 100'000 werden von der Regierung beschlossen. Deshalb wurde der Beitrag an den Syrien Mechanismus für das Jahr 2018 bereits der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt. Auch über die Verwendung der restlichen CHF 500'000 wird die Regierung befinden, soweit die einzelnen Projektbeiträge CHF 100'000 übersteigen.

Zu Frage 4:

Mit der Zusage an der Geberkonferenz entstehen keinerlei mehrjährige Verpflichtungen oder Folgekosten für Liechtenstein. Aufgrund der humanitären Situation ist allerdings davon auszugehen, dass Liechtenstein auch in den kommenden Jahren Hilfsprojekte im Syrien-Kontext unterstützen wird.

Bei Hilfsprojekten wird stets auf deren Nachhaltigkeit geachtet. Einzelne Hilfsprojekte werden über mehrere Jahre finanziell unterstützt, um die Nachhaltigkeit der Projekte zu gewährleisten. Auch für diese Projekte gilt, dass sie jeweils ordentlich budgetiert und genehmigt werden.

Alle Projekte werden regelmässig vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten überprüft und evaluiert.

Zu Frage 5:

Liechtenstein hat seit Ausbruch des Syrien-Konflikts rund CHF 1.1 Millionen für humanitäre Projekte in Libanon gesprochen. Im Jahr 2017 wurden Projekte im Umfang von CHF 350'000 unterstützt. Dieses humanitäre Engagement und dessen geplante Fortführung standen im Zentrum des bilateralen Gesprächs mit Premierminister Saad Al-Hariri. Es ging darum, die Sichtbarkeit dieses liechtensteinischen Engagements zu erhöhen.

Zusagen für weitere Unterstützungen wurden keine gemacht.